

# Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

erscheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfd.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pfd., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfd.; amülich 1 mm  
30 Pfd. und 24 Pfd.; Reklame 25 Pfd. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelant der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.  
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Breinig, Hanswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Sichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. F. Bräuer's Erben (Inh. F. W. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 99

Montag, den 29. April 1929

81. Jahrgang

## Das Wichtigste

Das Hamburger Motorschiff „Erna Wendt“ ist auf der Fahrt nach  
Kiel aus bisher noch nicht bekannter Ursache am Donnerstag westlich  
von Cap Arcona gesunken.

Der Chef der deutschen Heeresleitung General Heye, der sich seit dem  
23. Februar d. J. auf einer privaten Studienreise in Südamerika  
befand, ist Sonntag vormittag in Hamburg eingetroffen. General  
Heye reiste Sonntag mittag nach Berlin weiter.

In Frankreich sind die Matrosen verboten.  
Am Sonnabend ist das polnische Dorf Kamsonka in der Wojwodschaf  
Byalski durch ein Großfeuer zerstört worden. Den Flammen  
fielen nicht weniger als 56 Weibste zum Opfer.

## Landwirtschaft und Reparationen.

Von Friedrich Gues.

Eine der arbeitsamsten, freilich vom Ausland nicht  
beachteten Folgen der Pariser Sachverständigenkonferenz  
ist die allgemeine Erkenntnis, daß die Hauptursache  
unserer deutschen Wirtschaftskrise unsere Tributverflechtung  
an das Ausland ist. Jeder erwerbstätige Deutsche, gleich-  
gültig ob er in Industrie oder Landwirtschaft, in Handel  
oder Gewerbe tätig ist, gleichgültig ob er als Arbeitgeber  
oder Arbeitnehmer im Wirtschaftskampf steht, muß zu seinem  
Teil zur Aufbringung der deutschen Leistungsfähigkeit  
weit übersteigenden Reparationen beitragen. Der oft er-  
hobene Einwand, die Landwirtschaft sei durch die Tribut-  
lasten am wenigsten betroffen, da sie ja nicht, wie Industrie  
und Eisenbahn, zur Aufbringung unmittelbar herangezogen  
wird, beruht auf einer Verkennung der Tatsachen. Kürzlich  
erhielt der Reichsernährungsminister Dietrich durch  
einen Aufsatz im Aprilheft der im Stollberg-Verlag er-  
scheinenden Zeitschrift „Wille und Weg“ durch eine nüchternen  
Zahlenrechnung, daß sich die Reparationsbelastung am  
schwächsten Punkt der deutschen Wirtschaft, in der Land-  
wirtschaft, am bedenklichsten ausgewirkt hat.

Bei nüchterner Betrachtung der gegenwärtigen politi-  
schen und wirtschaftlichen Zusammenhänge in Deutschland  
kann dieses Ergebnis nicht wunder nehmen. Zwei Drittel  
unseres Volkes leben in den Städten und sind Verbraucher  
landwirtschaftlicher Produkte. Da die Not drückt, wollen sie  
möglichst billige Lebensmittel haben. Da sie als die Mehr-  
heit im parlamentarischen System auch die politische Macht  
haben, werden die billigeren ausländischen Lebensmittel ins  
Land hereingelassen und der Landwirtschaft ein die Er-  
zeugungskosten sichernder Zollschutz verweigert. Schon des-  
halb kann die Landwirtschaft nicht, wie die anderen Wirt-  
schaftszweige, die auf sie entfallenden Lasten durch Preis-  
erhöhungen weiter abwälzen. Den Leuten heißen aber  
bekanntlich die Hunde.

Die Tributzahlungen müssen, wie wir wissen, aufgebracht  
werden durch Zölle und Steuern, durch die Eisenbahn und  
durch die Industrie, die fünf Milliarden Obligationen zu  
verzinsen hat. Steuern, Zölle, Frachtgebühren und Zins-  
lasten sucht nun jeder Betroffene auf die Warenpreise auf-  
zuschlagen. So hat sich die Industrie ihre Kongerne und  
Syndikate, der Handel seine Kartelle, das Handwerk seine  
Preisimmungen geschaffen, um die Lasten auf die Preise auf-  
zuschlagen zu können. Auch die Arbeitnehmergewerkschaften  
wirken als Kartelle, die die Löhne, „den Preis für die Ware  
Arbeitskraft“, wie es heißt, möglichst hoch zu halten. Da-  
durch entsteht eine allgemeine Uebersteuerung der Waren-  
preise, für die man auch den Ausdruck „innerer Zoll“ ge-  
prägt hat.

Nur die Landwirtschaft kann hier nicht mit. Der Land-  
wirt muß zwar für die Waren, die er braucht, den  
„inneren Zoll“ bezahlen, er selber kann aber einen  
solchen Zoll nicht erheben. Da ein ausreichender Schutz  
für die Landwirtschaft fehlt, liegt die Preisbildung der  
wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte nicht in der Hand  
der deutschen Landwirte, sondern wird ihnen von der Lage  
des Weltmarktes vorgeschrieben. Dort bilden sich aber die  
Preise unter dem Einfluß der Landwirtschaften anderer  
Länder, die unter wesentlich günstigeren Wachstums-  
und Arbeitsbedingungen produzieren.

Deshalb sind die Preise für die landwirtschaftlichen  
Produkte gegenüber den Preisen anderer Waren immer mehr  
zurückgeblieben. Es entsteht die „Preisschere“, die  
Uebersteuerung der Waren, die der Landwirt kaufen muß,  
gegenüber den Produkten, die er zu verkaufen hat, als  
mittelbare Folge der Tributbelastung. Dazu kommt als un-  
mittelbare Folge der Tributbelastung die Uebersteuerung  
des Kapitalzinses durch den infolge der  
Tributzahlungen immer stärker werdenden Mangel an flüssi-  
gem Kapital. Der Landwirt, der sein Kapital nur einmal  
im Jahre umsetzt, ist meist auf Kredite angewiesen, die ihm  
über die tote Zeit weghelfen sollen. Bei der niedrigen  
Rente, die die Landwirtschaft jetzt erzielt, muß der hohe

## Die Marktwährung steht fest!

Kein Anlaß zu Beunruhigung

Der Stahlhelm fordert Aufrollung der Kriegsschuldfrage — Riesenbrand in Rotterdam

Reichsbankpräsident Dr. Schacht beabsichtigt nach der  
Sitzung der Pariser Reparationskonferenz am Montag zur  
Tagung des Generalrats der Reichsbank nach Berlin zu reisen.  
Er wird am Donnerstag in Paris wieder eintreffen.

Der Reichsbankpräsident kommt nach Berlin, um an  
den Sitzungen des Reichsbankdirektoriums und an einer  
Beratung des Generalrates der Reichsbank teilzunehmen.  
Natürlich kommt der diesmaligen Beratung des General-  
rates der Reichsbank deshalb eine besondere Bedeutung zu,  
weil im Augenblick der Devisenmarkt in Deutschland be-  
unruhigt ist. Die Ursache ist nicht in irgendeiner ernstern  
Gefahr für die deutsche Währung zu sehen, sondern allein  
in den Maßnahmen, die auf agitatorischem Gebiete in Paris  
kurz nach dem Scheitern der Sachverständigenverhandlungen  
getroffen wurden.

Die deutsche Mark ist in ihrer Festigkeit durch die Gold-  
deckung der Reichsbank und gegenüber der Sicherung der  
deutschen Währung vor dem Kriege dadurch garantiert, daß  
mit dem Dawesplan, der internationalen Verknüpfung der  
Reparationsfrage und den Auslandsanleihen das Ausland  
selbst an der Festigkeit der deutschen Währung auf das  
stärkste interessiert ist. Deshalb hat man in Paris auch  
wieder die Agitation abgeblasen. Die englische Presse be-  
zweigt gleichfalls die öffentliche Meinung.

Da heute eine gewisse Beruhigung schon wieder ein-  
getreten ist, scheint sich die Rückwirkung der Beruhigungs-  
aktion in Paris, die dann später von Pariser Gilbert und  
Dr. Schacht eingeleitet wurde, nunmehr auch in Berlin  
bemerkbar zu machen.

Bei den Beratungen des Generalrats der Reichsbank,  
bei Besprechungen des Reichsbankpräsidenten mit Mitgliedern  
des Kabinetts wird man mit allem Nachdruck darauf auf-  
merksam machen müssen, daß die Gefahr, die aus der Anlage  
kurzfristiger Gelder vom Ausland dauernd sich ergebe-  
ren kann, herabgemindert wird. In Italien ist in diesem  
Zusammenhang ein Verbot gegen die Aufnahme von Aus-  
landsanleihen für Provinzen und Gemeinden, auch für  
produktive Zwecke, in diesen Tagen ergangen. In Deutsch-  
land wird man vor ähnlichen ernstern Maßnahmen nicht  
zurückschrecken dürfen.

### Marktzurück unmöglich

Wie der „Montag“ zu der Anwesenheit des Reichs-  
bankpräsidenten Dr. Schacht in Berlin erzählt, ist die frühere  
Abreise Dr. Schachts aus Paris aus rein persönlichen Grün-  
den erfolgt. Argendwelche Besprechungen hätten bisher in  
Berlin nicht stattgefunden. Von den Beratungen der Reichs-  
bank am Mittwoch seien offizielle Erklärungen über die  
Festigkeit der deutschen Währung und gegen die von Frank-  
reich betriebenen Machenschaften gegen die deutsche Mark zu  
erwarten. Der Generalrat werde auf jeden Fall feststellen,  
daß die strengen Vorschriften, die der Reichsbank für die  
Ausgabe von Banknoten gegeben sind, einen Sturz der Mark  
absolut unmöglich machen und daß die Reichsbank noch eine  
Milliarde Mark Spielraum für die Notendeckung habe.

### Der Stahlhelm fordert Aufrollung der Kriegsschuldfrage

Unter Bezugnahme auf die feierliche Zurückweisung der  
Kriegsschuldfrage durch den Reichspräsidenten bei der Ein-  
weihung des Tannenbergturms, folgte der am Sonntag in  
Magdeburg versammelte Bundesvorstand des Stahlhelms  
unter Vorsitz des ersten Bundesführer Selbste einstimmig  
folgte Entschließung: „Da die Lüge von der deutschen Kriegs-  
schuld die Grundlage der feindlichen Tributforderungen bildet,  
fordert der Bundesvorstand, daß die gegenwärtigen Tribut-  
verhandlungen mit einer amtlichen Aufrollung der Kriegs-  
schuldfrage zu verbinden sind. Der Bundesvorstand wendet  
sich mit Entrüstung gegen das landesverräterische Treiben  
deutscher Vorkreise, die erneut bereit sind, dem deutschen  
Volk auf Jahrzehnte hinaus untragbare Lasten aufzubürden,  
und fordert, daß nach den bisherigen deutschen Leistungen,  
die selbst über den Wortlaut und Sinn des Versailler Diktats  
hinausgehen, mit den Tributzahlungen Schluß gemacht und

die deutsche Gegemechnung vorgelegt wird. Wir werden die  
Kriegsschuldfrage nicht ruhen lassen, bis wir unser Recht  
gefunden haben, und stehen in diesem Kampfe Schulter an  
Schulter mit den Kameraden vom Riffhäuserbund.“

### Soziale Reformvorschlage.

Im Reichstag ist eine Entschließung eingebracht worden,  
die Reichsregierung möge Vorschläge zur Förderung der  
berufständischen Selbsthilfe auf den verschiedenen Gebieten  
der Sozialpolitik vorlegen. Zunächst wird ein Gesetz zur  
Reform des sozialen Wahlwesens verlangt, das an die Stelle  
der verschiedenartigen Wahl- und Berufungsverfahren eine alle  
fünf Jahre wiederkehrende soziale Hauptwahl setzen will, um  
so das Kräfteverhältnis bei Arbeitgebern und Arbeit-  
nehmern durch direkte und geheime Wahl zu ermitteln. Sollte  
diese Reform abgelehnt werden, wird eine Novelle zu an  
Arbeitsgerichtsgezet gefordert, nach der die Wahl  
der Arbeitsrichter nach dem Muster der Angestelltenver-  
sicherungsgezet eingeführt werden soll. Auch sollen besondere  
Kaufmannskammern bei allen großen Arbeitsgerichten er-  
richtet und kleinere Arbeitsgerichte zusammengefaßt werden.  
Der in der Landwirtschaft beschlossene An-  
gestellter soll die Möglichkeit eröffnet werden, auf Grund  
der Mitgliedschaft in einer Erzar- oder Berufsrentenkasse  
von der Mitgliedschaft bei einer Zwangsasse befreit  
zu werden.

### Zur notwendigen Reform der Arbeitslosenfürsorge.

Zur Frage der Reform der Arbeitslosen-  
versicherung machte in einer Berliner Zeitung der  
demokratische Reichstagsabgeordnete Tannen folgende  
interessante Ausführungen: „Die Versicherung soll durch-  
geführt werden mit den durch die Krankentassen ein-  
gezogenen Beiträgen in Höhe von 3 Prozent des Grund-  
lohnes, mit deren Mitteln kann im Durchschnitt des Jahres  
eine Zahl von 800 000 Arbeitslosen unterstützt werden.  
Die Höchstziffer der Arbeitslosigkeit betrug im Winter  
1928/29 2,5 Millionen und beträgt heute 1,6 Millionen. (Wir  
glauben, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit bedeutend  
größer in Deutschland ist. Die Red.) Die vom 20. Januar  
bis 1. April aus Reichsmitteln insgesamt zur Verfügung  
gestellten Beträge erreichten in kaum 2 1/2 Monaten die Höhe  
von 344 Millionen Mark und werden in den Monaten  
April bis 1. Juli weitere 150 Millionen erfordern, so daß  
in kaum sechs Monaten 500 Millionen an Zuschuß gezahlt  
werden müssen. Selbst bei einer günstigen Arbeits-  
marktlage von Juni bis Ende des Jahres und einer  
wesentlich geringeren Arbeitslosenzahl als jetzt wird bei  
unverändertem Bestehenlassen der jetzigen gesetzlichen Be-  
stimmungen ein weiterer Zuschuß aus Reichsmitteln von  
200 Millionen erforderlich werden, so daß im ganzen  
im Kalenderjahr 1929 700 Millionen Mark  
aus Reichsmitteln für die Arbeitslosenversicherung auf-  
gewendet werden müssen. Das ist aus finanziellen Gründen  
weiter nicht tragbar und muß schon deshalb  
geändert werden.“

### Innerpolitische Schwierigkeiten.

Die Sozialdemokratie hat die Forderung auf-  
gestellt, daß an die Stelle der jetzigen Beiträge für die Ar-  
beitslosenversicherung in Höhe von 3 Prozent des Lohnes Bei-  
träge in Höhe von 4 Prozent treten sollen. Das ver-  
stößt gegen das von den Regierungsparteien aufgestellte ge-  
meinsame Etatprogramm und die Deutsche Volkspartei  
hat im Reichstag bereits erklären lassen, daß sie die so-  
zialdemokratische Forderung ablehne. Das Reichstabi-  
nelt steht also vor neuen Schwierigkeiten, in die sie durch  
die sozialdemokratische Forderung geraten ist. Die Lage des  
Kabinetts ist auch durch einen Beschluß des Zen-  
trums erschwert worden, dem Reichstag einen Gesetzent-  
wurf über ein Notprogramm für den Westen und für Ober-  
schlesien vorzulegen, da dadurch erheblich neue Etatmittel not-  
wendig werden und das gemeinsame Etatprogramm ebenfalls  
umgestoßen werden würde. Das Zentrum ist dabei den un-  
gewöhnlichen Weg gegangen, diese Tätigkeit seines Grenzland-  
ausschusses offiziell im Reichstag bekanntzugeben. Die Be-  
fugnisse des Ministeriums für die besetzten Gebiete des  
Zentrumsmann Dr. Wirth verwalte, soll zugunsten des  
Reichsinnenministeriums, das der Sozialdemokrat Seve-  
ring innehat, auf alle Grenzgebiete ausgedehnt werden.